

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erstet

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinformatige Zeile 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 25 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Mustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

45. Jahrgang.

N 33.

Donnerstag, den 17. März

1898.

An Stelle des verstorbenen vormaligen Herrn Gemeindevorstandes, Standesbeamten
Theodor Feuerstein in Zschorlau ist

Herr Gemeindevorstand **Emil Gehre** in Zschorlau
zum ländlichen Abgeordneten zur Bezirksversammlung gewählt worden.
Zschorlau, am 15. März 1898.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Fehr. v. Wirking.

R.

Bekanntmachung.

Auf Ansuchen des landwirtschaftlichen Vereins um Milderung der in der Bekannt-
machung des Rathes vom 15. Dezember 1897 enthaltenen Auflage zur Einhaltung bestimmter
Zeiten bei der Grubenreinigung und Düngerabfuhr wird bekannt gegeben:

In eingefriedigten oder geschlossenen Gehöften können die Gruben jederzeit ent-
leert werden. Die Besitzer solcher Gebäude dagegen, deren bauliche Verhältnisse bei der

Entleerung der Gruben und der Abfuhr deren Inhalts die Benutzung öffentlichen oder
nicht eingefriedigten Arealen bedürftigen, sind an die vorgeschriebenen Zeiten, im Sommer
bis 8 Uhr, im Winter bis 10 Uhr früh, gebunden.

Der zur Düngerabfuhr benutzte öffentliche oder nicht eingefriedigte Grund und
Boden ist unverzüglich nach Beendigung der Düngerabfuhr zu reinigen. Die Abfuhr von
Dünger und Jauche selbst muß in gut verschlossenen Fässern, Kisten oder Truhen erfolgen,
sodass jede Verunreinigung der Straßen und Plätze vermieden wird.
Zuwiderhandlungen werden bestraft.
Eibenstock, den 14. März 1898.

Der Rath der Stadt.
Hesse.

Nr. 49 des Verzeichnisses der unter das Schankstättenverbot gestellten Personen ist
zu streichen.

Stadtrath Eibenstock, den 15. März 1898.
Hesse.

Gnütchel.

Spanien und die Vereinigten Staaten.

Das Jingoethum jenseits des großen Wassers ist wieder
einmal in hellem Aufbruch, Cuba hat es ihnen angethan und der
Unfall der „Maine“ hat ihnen den gewünschten Vorwand geliefert,
um das Kriegsschiff auszugraben. Einstimmig haben Senat und
Repräsentantenhaus 50 Millionen Dollars zur Vervollständigung
der Kriegsstärke bewilligt und wenn die Schiffe, die im Auslande
gekauft werden sollen, da sind, kann's losgehen. Bei uns in
Deutschland wird die politische Lage zwischen Spanien und den
Vereinigten Staaten freilich nicht so pessimistisch angesehen, wie
in England, wo man einen Krieg für unausbleiblich hält. Wie
ein politisches Stimmungsbild aus London befragt, nimmt man
dort an, daß Nordamerika den Krieg will und daß Spanien ihn
nur durch die kampflose Abtretung Cubas abwenden könnte.
Dies aber kann und wird Spanien nicht thun. Es handelt sich
also nur noch um den Zeitpunkt; und diesen zu bestimmen, liegt
völlig im Belieben der Vereinigten Staaten. In Washington
hatte man allerdings noch vor wenigen Wochen die Absicht, den
bisherigen Zustand noch ein ganzes Jahr lang hinzuziehen, damit
man in aller Ruhe und Gründlichkeit die militärischen Vor-
bereitungen treffen könne; da sich aber unerwarteter Weise plötz-
lich der Gegenstand der Mächte in Ostasien zuspitzte, so entschloß
man sich in Washington zum sofortigen Vorgehen. Es besteht
also auf Seiten der Vereinigten Staaten die völlig bewußte
Absicht, in diesem Augenblicke, wo man sämtliche europäischen
Großmächte durch die ostasiatische Frage gebunden glaubt, einen
entscheidenden Schlag gegen Spanien zu führen. Die Rüstungen
werden auch bereits in einem viel größeren Umfange betrieben,
als man in Europa glaubte, und man hat in London eine ver-
trauliche Mittheilung erhalten, wonach der Beschluß des Re-
präsentantenhauses bezüglich des 50 Millionen-Kredits dahin
aufzufassen ist, daß dem Präsidenten überhaupt ein unbefristeter
Kredit für Kriegszwecke eröffnet worden ist. Man wird deshalb
Kriegsschiffe kaufen, so viele nur immer aufzutreiben sind, gleich-
viel welcher Preis dafür gefordert wird. Der Lohn eines sieg-
reichen Kampfes für die Vereinigten Staaten heißt ja nicht nur
Cuba, sondern die unbedingte Vorherrschaft der Staaten in ganz
Amerika und die Anerkennung derselben als Großmacht; hat
Nordamerika Spanien geschlagen, so hat es zugleich das ganze
spanisch-portugiesische Mittel- und Südamerika besiegt, das dann
politisch und wirtschaftlich eine Beute des Janteeismus wird.
Da, der Sieg der Vereinigten Staaten würde sogar die Verdrängung
Kanadas von England zur Folge haben.

In Madrid giebt man sich auch durchaus keinem Zweifel
bezüglich der Absichten Nordamerikas mehr hin; gleichwohl wird
man spanischerseits bis zum letzten Augenblicke die äußerste Nach-
giebigkeit zeigen. Denn der einzige Bundesgenosse, den Spanien
hat, ist seine Stellung als des Ueberfallenen und Angegriffenen.
Nur der offene und unverhüllte Gewaltstreik der Jantees wird
die spanische Bevölkerung Mittel- und Südamerikas aufrütteln,
um wenigstens durch Geldsammlungen und Freiwilligenzüge dem
alten Mutterlande Hilfe zu bringen, und wird vielleicht einige
europäische Mächte veranlassen, Spanien durch Anleihen zu unter-
stützen. Dagegen haben die Vereinigten Staaten an Frankreich
einen geheimen Verbündeten, welches bereits alle Vorbereitungen
getroffen hat, um im Falle eines spanisch-nordamerikanischen
Krieges seine Truppen von Oran aus in das östliche Marokko
einzulassen. Ebenso wird von Washington aus der Gegen-
satz zwischen Chile und Argentinien geschürt, um dadurch den
beiden einzigen spanisch-amerikanischen Staaten, die als Militär-
mächte einige Geltung haben, die Hände zu binden.

So ist thatsächlich für Spanien, zumal dasselbe finanziell
vollständig erschöpft ist, die Lage die denkbar ungünstigste.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. In der spanischen Presse ist von Ver-
lin aus die Meldung verbreitet worden, Sr. Majestät der Kaiser
habe bei einem Familien-Diner, das bei Ihrer königlichen Hoheit
der Frau Prinzessin Feinrich von Preußen stattgefunden hätte,
eine Aeußerung gethan, die auf eine scharfe Parteinahme Deutsch-
lands in der kubanischen Verwickelung schließen lassen würde.

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß
diese ganze Erzählung auf Erfindung beruht.

— Der deutsch-englische Handelsvertrag läuft bekannt-
lich, nachdem England denselben im vorigen Sommer gefündigt
hat, Ende Juli d. J. ab. Bei den sehr regen Handelsbezieh-
ungen, welche zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien,
namentlich auch den englischen Kolonialbesitzungen, obwalten,
könnte das einfache Erlöschen des vertragsmäßigen Zustandes zu
einer schweren Schädigung der wirtschaftlichen Interessen führen.
Es muß der deutschen Regierung daher daran gelegen sein, so
bald wie möglich eine Vereinbarung mit der großbritannischen
Regierung zu Stande zu bringen, damit der Reichstag noch in
seiner laufenden Tagung einem solchen Abkommen seine Zustimmung
zu erteilen vermag. Wie dem „Hamb. Korresp.“ von gut
unterrichteter parlamentarischer Seite gemeldet wird, soll dem
Reichstag in der That eine Vorlage demnächst gemacht werden,
die, wenn auch nicht einen neuen definitiven Handelsvertrag, so
doch wenigstens ein vertragsmäßiges Provisorium herbeizuführen
bezweden soll. Bei dieser Gelegenheit wird auch das Verhältnis
Deutschlands zu den englischen Kolonien erörtert und geregelt
werden müssen.

— Die „N. A. Z.“ schreibt: Das Panzerschiff „Olden-
burg“ begiebt sich demnächst nach einem sizilianischen Hafen und
geht dort voraussichtlich für einige Wochen in Doc. Da nicht
feststeht, welche Verwendung die „Oldenburg“ nachher findet,
verläßt sie Kreta mit der vollständigen Mannschaft.

— Sofort nach Eintreffen der Nachricht von dem völligen
Abbruch des deutsch-sibirischen Vertrages ist der kaiserliche Be-
fehl nach Kiaotschau abgegangen, sofort alle Befehlungen aus
der sog. Zone im Durchmesser von 50 Kilometer des Hinterlandes
zurückzuziehen und nur noch das eigentliche Vorkriegsgebiet an der
Bucht von Kiaotschau besetzt zu halten. Somit ist nun das Hinter-
land wieder den Chinesen übergeben mit der Maßgabe, daß China
in der erwähnten Zone keine Anordnungen trifft ohne Zustimm-
ung der deutschen Behörden.

— Kiel, 15. März. Dem Vernehmen nach wird Prinz
Heinrich im Herbst 1899 von Kiaotschau zurückkehren und die
Rückreise von Ostasien um die Küsten von Amerika auf einem
neueren Kreuzer zurücklegen. Der Panzer „Deutschland“ wird
vorerst in Kiaotschau stationirt bleiben.

— München, 15. März. Die „Allgemeine Zeitung“
meldet: Der Prinzregent wird den König von Sachsen zu
seinem Geburtstag am 23. April d. J. persönlich in Dresden
beglückwünschen.

— Oesterreich-Ungarn. In Oesterreich steht die Frage
im Vordergrund, ob der demnächst zusammentretende Reichsrath
aktionsfähig sein oder wieder durch Obstruktion lahmgelagert werden
und damit der neue Ministerpräsident Graf Toun vor die Frage
gestellt wird, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzu-
ordnen. Er konferirte am Sonntag mit einer Reihe parlamen-
tarischer Persönlichkeiten, die Vespredungen sollten fortgesetzt
werden. In Prag hat am Sonnabend das Wahlkomitee des
verfassungstreuen Großgrundbesitzes eine Verathung abgehalten,
welcher auch der aus seinen Kreisen in das Kabinett berufene
Handelsminister Dr. Bärnreither beiwohnte. Es wird darüber
eine Mittheilung von Wien aus telegraphisch veröffentlicht, in
welcher es heißt: „Das Komitee nimmt zur befriedigenden Kennt-
nis, daß der Eintritt Bärnreithers in das Kabinett lediglich unter
der Voraussetzung erfolgt, daß die strenge Verfassungsmäßigkeit
unserer Zustände gewahrt bleibe, daß kein berechtigtes Interesse
der Deutschen verletzt werde und daß der verfassungstreue Groß-
grundbesitz im Reichsrathe sich seine vollständige Selbstständigkeit
vorbehalte. Das Komitee erwartet, daß die Abgeordneten, wie
bisher, für die Verfassung sowie für das Wohl und die Sicherheit
des Deutschthums wirken und nie vergessen, daß sie Deutsche sind
und bleiben in des Wortes österreichischer Bedeutung. Bezüglich
der neuen Sprachenderordnungen steht der verfassungstreue Groß-
grundbesitz unverändert auf dem Standpunkt, daß eine gesetzliche
Regelung geboten ist und erwartet von den Abgeordneten ein
entschiedenes Eintreten für ein baldiges Zustandekommen eines
Gesetzes, ohne in die Beurtheilung der neuen Sprachenderord-
nungen heute einzutreten und ohne zu verhehlen, daß wir
berechtigete Bedenken gegen dieselben haben, welche zum Ausdruck
gebracht werden müssen.“ Des Weiteren wird hinsichtlich der

Verordnungen betont, daß unbeschadet der Rechte und Entwickel-
ung anderer Nationen, der deutschen Sprache die für den inneren
Zusammenhalt des Staates, seiner Verwaltung und seiner mili-
tairischen Interessen unabwendliche Stellung gewahrt werden müsse.
Die Verfassung müsse lebendig funktionieren, dem Zustande wirth-
schaftlicher Unsicherheit ein Ende gemacht werden. Den Abge-
ordneten gegenüber wird zum Ausdruck gebracht, daß sie Alles
ausüben mögen mit der Vereinigung, der sie im Reichsrathe
angehören, ein einheitliches und einträchtiges politisches Zusammen-
wirken zu erzielen.

— Rußland. Die vom Kaiser von Rußland angeordnete
Flottenverstärkung wird von der russischen Presse mit ein-
müthiger Begeisterung aufgenommen. Die „Rov. Wr.“, die die
militärischen Zwecke der Maßregel betont und durchblicken läßt, daß
die Verstärkung der russischen, deutschen und französischen Flotte
in gleicher Weise gegen England, den einstigen unumschränkten
Beherrscher der Meere, gerichtet sei, schreibt: „Bei der Ausrüstung
der 90 Millionen für die Flotte handelt es sich nicht um einen
Kriegskredit, sondern um eine Maßregel, welche eine Großmacht
im Interesse des Friedens, besonders des Friedens im Osten,
ergreift. Gerade die Ausgaben für die Flotte, wie ungeheuer sie
auch dadurch erscheinen mögen, daß sie auf einmal gemacht werden,
bezeichnen eine Fürsorge für den Frieden und die feste Zuversicht,
daß er — besonders in Europa — erhalten bleibe. Kommt es
in Europa zu einem Konflikt zwischen den Mächten, so wird ihr
Schicksal nicht durch die Flotten, sondern durch die Armeen ent-
schieden. Gerade die von sämtlichen Mächten Europas in
gleichem Maße erkannte Nothwendigkeit der Erhaltung des Frie-
dens auf dem alten Kontinent hat den europäischen Flotten eine
besondere, entscheidende Rolle bei den heutigen politischen und
militärischen Ereignissen zugesichert, deren Centrum jetzt weit in
den Osten, vornehmlich in die Gewässer des Stillen Ozeans ge-
rückt worden ist. Die Theilung der Einflusssphären der europä-
ischen Mächte in Asien und Afrika wird von den Geschwadern
und den Seeleuten vorgenommen. Immer mehr erkeint die
Flotte als der lebendige Puls. Kein Wunder, daß Großbritannien
erleben muß, wie es in Bezug auf die Macht in den fernen
Gewässern von den übrigen Mächten allmählich eingeholt wird.
Rußlands Weltrolle an den Ufern des Stillen Ozeans, wo wir
als Ausgang für die große Sibirische Bahn einen eisernen
Hafen brauchen, hat nicht nur eine allmähliche Erhöhung der
Ausgaben unseres Marinerefforts, sondern auch in Anbetracht
der außerordentlichen Marineraüstungen Japans eine entschiedene
Entwickelung unserer Flotte notwendig gemacht. Mit großer
Freude sehen wir, daß diese nothwendige Wahrnehmung auseres
staatl. Prestiges ohne Anspannung der finanziellen Kräfte vor
sich gehen wird.“

— Frankreich. Paris, 15. März. Diese Blätter mel-
den aus Nancy: Ein deutscher Kapitän (Hauptmann) in Uni-
form (?) hat die französische Grenze bei Illerutt überschritten.
Französische Arbeiter, welche mit dem Fällen von Bäumen be-
schäftigt waren, ergriffen den Kapitän, mißhandelten ihn und
warfen ihn zu Boden. Auf den Hilferuf des Kapitäns eilten
deutsche Zollbeamte herbei und gaben Feuer, worauf die Arbeiter
flüchteten und der Kapitän auf deutsches Gebiet zurückkehren
konnte. Die Erregung über den Vorfall ist eine sehr große.

— Griechenland. Wie die Athener „Atropolis“ mittheilt,
richtete die Kronprinzessin Sophie nach dem eingetroffenen Glück-
wunsch Kaiser Wilhelms zu der Errettung des Königs Georg
aus der Gefahr des Mordmordes an ihren kaiserlichen Bruder
einen Brief, in welchem sie denselben bittet, von deutscher Seite
jeden Widerstand gegen den russischen Vorschlag der Kandidatur
des Prinzen Georg fallen zu lassen. Die Kronprinzessin
spricht in dem Schreiben die Ueberzeugung aus, daß im Verfolg
der Ernennung des Prinzen zum Gouverneur von Kreta die
antidynastischen Bewegungen im Lande erlöschen würden.

— Amerika. Washington, 15. März. Das Marine-
departement beschloß, die Inselgruppe von Tortugas, südlich der
Halbinsel Florido, schleunigst zu besetzen. Diese Inseln sollen
als Basis für die Operationen zur See im Kriegsfall dienen.

— New-York, 15. März. Der Kommission für den An-
kauf von Pflanzkreuzern sind 63 Schiffe zum Kauf angeboten
worden. In der Meerenge bei Sandy Hook werden Minen gelegt.
— Nach einer Meldung der Blätter aus Washington wird der